



## Flickschusterei in der Gesundheitspolitik

Jürgen Pischel spricht Klartext

Die Pleite-Ankündigungen einzelner Krankenkassen – natürlich an der Spitze die BKK-Heilberufe am langjährigen Apo-Bank-Ärzte-Funktionäre-Missmanagement-Syndrom leidend – wie ein prognostiziertes 11 Milliarden GKV-Defizit für 2011 haben die CDU/CSU/FDP-Koalition in einem Polit-Panik-Anfall zu einem Höhenflug der Flickschusterei in der Gesundheitspolitik getrieben. Eine linke Regierung hätte nicht schlimmer agieren können.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer müssen gemeinsam für eine von 14,9 % auf 15,5 % beschlossene Erhöhung der GKV-Beiträge aufkommen. Das soll in 2011 insgesamt 6 Milliarden Euro bringen. Die Kassen können künftig feste einkommensunabhängige Zusatzbeiträge in unbegrenzter Höhe erheben. Überschreitet die Belastung 2 % des Einkommens, greift ein durch „Arbeitgeber und Rententräger“ organisierter, aber einmalig aus dem Bundeshaushalt mit 2 Mrd. Euro dotierter Sozialausgleich.

Die Kassen-Verwaltungskosten werden auf dem Niveau 2009 für 2 Jahre eingefroren (300 Mio. Sparrahmen). Preisstopp und Zusatzrabatte für Arzneimittel sollen 2 Milliarden Euro sparen helfen. Krankenhäuser müssen 500 Millionen in 2011 sparen – die Länder protestieren schon (Bundesratshürde). Hausärzte und Ärzte müssen mit rund einer Milliarde bluten und Zahnärzte-Honorar-Erhöherungen sind auf die Hälfte des Zuwachses der Grundlohnsumme begrenzt. Der für 2011 noch in der Großen Koalition beschlossene 4-Milliarden-Haushaltszuschuss für den Gesundheitsfonds wird auf 2 Milliarden gesenkt.

Die Apotheken, Lieblingskinder der vielfach als Zahnärzte-Partei apos-

trophierten FDP, werden verschont. Gruppen mit schwächerer Funktions-Lobby in der Politik, wie die Zahnärzte, müssen weiter mit dem Budget-Deckel leben. Aber die KZV-Funktionäre schweigen, haben sie doch eine BEMA-Quasinullrunde statt der festgezurrten Nullrunde aufgrund gleichlautender Ärzteproteste gleichsam geschenkt bekommen. Das Schlimme an diesem Kürzungsprogramm ist, dass es von einem Zahnarzt-Funktionär, auch CDU-Bundestagsabgeordneter, mit erfunden worden ist.

Die FDP als großer Verlierer im Flickschusterei-Wettstreit bejubelt sich selbst, habe Rösler doch mit dem einkommensunabhängigen Zusatzbeitrag den Einstieg in die GKV-Kopfpauschale geschafft. Welch ein Polit-Rosstäucher-Versuch. Erstens gab es diese „Kopfpauschale“ auch schon bisher im schwarz-roten Gesundheitsfonds und zweitens bleibt sie auf höchstens 20 Euro monatlich begrenzt, weil der Finanzminister sonst Milliarden aus dem Bundeshaushalt zubuttern müsste. Die Kopfpauschale führt zu keinerlei Wettbewerbsförderung im Leistungsgeschehen.

Die Liberalen werden nun zum Schrittmacher des Fortschreitens des Sozialismus im Gesundheitswesen. Bei weiteren Sparprogrammen, spätestens 2012, denn schon jetzt fehlen den Kassen für 2011 weitere 2 bis 3 Milliarden Euro, wird das zu schlimmen Ausgrenzungen in der GKV führen. Für die FDP bedeutet aber die Politik, Mitregieren geht vor Prinzipienfestigkeit und weiteren Wahlstimmenverlust hin zur politischen Bedeutungslosigkeit im Kampf um die 5-Prozent-Hürde. Ausgleichende Gerechtigkeit,

toi, toi, toi, Ihr J. Pischel

## Freie Arztwahl für EU-Bürger rückt näher

Die EU-Gesundheitsminister einigen sich in Brüssel auf eine entsprechende Reform.

BRÜSSEL – Patienten in Europa können künftig selbst entscheiden, in welchem EU-Land sie zum Arzt gehen wollen. Bei einem Treffen der Mitgliedsstaaten in Luxemburg beauftragten die Gesundheitsminister Belgien, die geplante EU-Richtlinie bis zum Jahresende festzulegen. Belgien übernimmt im zweiten Halbjahr 2010 die EU-Ratspräsidentschaft und leitet damit sechs Monate alle Verhandlungen der europäischen Institutionen.

Die Richtlinie soll erstmals festschreiben, zu welchen Bedingungen sich Europäer in einem anderen EU-Mitgliedstaat behandeln lassen können. Prinzipiell sollen geplante Krankenhaus- und Arztbesuche wie im Heimatland des Versicherten erstattet werden. Allerdings gilt ein „Genehmigungsvorbehalt“, wenn eine angemessene Krankenhausbehandlung auch im eigenen Land möglich wäre. Die parlamentarische Gesundheitsstaatssekretärin Annette Widmann-Mauz (CDU) begrüßte die Einigung. Durch die Regelung zur Kostenerstattung sei es möglich, auch mehr Auslandsbehandlungen in Deutschland durchzuführen.

Das Europaparlament, das der Direktive zustimmen muss, zeigte sich gespalten. Der CSU-Abgeordnete Markus Ferber warnte vor einer „Un-

terhöhung des deutschen Gesundheitssystems“. In Deutschland



stunden für das eigene System immer weniger Mittel zur Verfügung, während die medizinische Infrastruktur im EU-Ausland durch die zahlungskraftigen und gut versorgten Patienten subventioniert werde.

### „Gesundheitstourismus“ befürchtet

Kritiker befürchten einen „Gesundheitstourismus“. In Expertengruppen hieß es jedoch, es sei nicht mit größeren „Patientenströmen“ zu rechnen, schon allein wegen sprachlicher Verständigungsprobleme.

Dagegen können die deutschen Anbieter nach Einschätzung des CDU-

Europaparlamenten Peter Liese von der Richtlinie profitieren.

### Ein sensibles Dossier

Im Herbst beginnen die Verhandlungen mit Kommission und Europaparlament („Trilog“). Offen sind noch mehrere Änderungsanträge. Einer betrifft die Frage ethischer Grundsätze wie bei der künstlichen Befruchtung oder der Präimplantationsdiagnostik, die in Deutschland vergleichsweise restriktiv geregelt sind. Ein anderer Streitpunkt ist die Behandlung seltener Krankheiten, bei denen das Parlament das Versicherungslands-Prinzip ablehnt. **DI** Quelle: dpa

## Zahnärzte sind keine Kostentreiber

BLZK zur Kostenentwicklung der zahnärztlichen Behandlung.



Bayerische LandesZahnärzte Kammer

MÜNCHEN – „Angesichts der aktuellen Zahlen zur Finanzentwicklung der Krankenkassen im ersten Quartal 2010, die das Bundesministerium für Gesundheit jüngst vorgelegt hat, können wir Zahnärzte sicher sein, dass wir nicht zu den Kostentreibern im deutschen Gesundheitswesen gehören“, so Michael Schwarz, Präsident der Bayerischen Landes Zahnärztekammer (BLZK) in einer aktuellen Presseerklärung.

Für zahnärztliche Behandlung und Zahnersatz sind die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen im ersten Quartal 2010 im Vergleich zum Vorjahr nur geringfügig gestiegen. Bei der zahnärztlichen Behandlung

waren es im ersten Quartal 2009 2,15 Milliarden Euro, im Jahr darauf 2,20 Milliarden Euro. Beim Zahnersatz stiegen die Ausgaben im Jahreszeitraum von 770 Millionen Euro auf 770 Millionen Euro. Der Vergleich zwischen 1981 und 2008 zeigt, dass die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung für zahnärztliche Behandlung real um 29 Prozent gesunken sind (Quelle: KZBV/BZÄK, Daten und Fakten 2009). „Vor diesem Hintergrund gesehen ist es umso positiver zu bewerten, dass Deutschland bei der



Michael Schwarz, Präsident der BLZK (Foto: Bayerische Landes Zahnärztekammer)

Zahngesundheit nach wie vor einen guten Platz belegt.“ Diese Erfolge beruhen unter anderem auf der konsequenten Ausrichtung hin zu einer präventionsorientierten Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde.

Eine falsch verstandene Sparpolitik aber könne der zahnmedizinischen Versorgung Schaden zufügen: „Die Zahnmedizin arbeitet präventionsorientiert. Wer hier spart, spart vor allem

an der Verhütung von Erkrankungen und steigert die Folgekosten. Das ist der Weg in die falsche Richtung“, so Schwarz. **DI**

### Fortsetzung von Seite 1

Dabei werden Prof. Dr. Georg H. Nentwig und Dr. Paul Weigl ebenfalls mit einem Co-Vortrag zu sehen sein.

Neu sind in diesem Jahr die Table Clinics und Posterpräsentationen. Damit erhalten die Zahnärzte wie Zahntechniker die Möglichkeit ihr Behandlungskonzept und ihre Techniken einem internationalen Publikum zu präsentieren. Erwartet werden Beiträge aus aller Welt. Aus den Präsentationen wird eine Jury des ICOI die drei besten Arbeiten mit Preisen auszeichnen. Aus den deutschen Präsentationen wird eine Jury der DGOI ebenfalls drei Preisträger

ermitteln. Die Table Clinics finden statt am Donnerstagabend. Die Posterpräsentationen werden bis zum Kongressende am Samstagmittag ausgestellt.

International wird es in diesem Jahr bei dem Podium für die Fachassistenz. Denn hier werden erstmals auch namhafte Zahnärzte aus den USA über ihre Erfahrungen in der Praxis berichten. Diese Vorträge werden simultan übersetzt. Zudem bietet das Podium wieder die Möglichkeit, in das 8. Curriculum Implantologische Fachassistenz „2+1“ einzusteigen, das insgesamt über drei Wochenenden stattfindet.

In diesem Jahr bilden die geplanten zwölf Workshops der Sponsoren am Donnerstagmorgen den Auftakt zu dem internationalen Kongress. Während der folgenden Tage können sich die Besucher zudem über neue Produkte in der begleitenden Dentalausstellung informieren.

Am Freitagabend wird es maritim: Ganz im Zeichen Hamburgs findet die traditionelle Party auf dem Dreimaster Rickmer Rickmers im beeindruckenden Hamburger Hafen statt. **DI**

Bitte beachten Sie zu diesem Thema im Anhang dieser Ausgabe unser Special „ICOI today“

**DENTAL TRIBUNE**  
 Chefredaktion: Dipl.-Päd. Jürgen Isbaner (V.i.S.d.P.) isbaner@oemus-media.de  
 Redaktionsleitung: Jeannette Enders (je), M.A. j.enders@oemus-media.de  
 Korrespondent Gesundheitspolitik: Jürgen Pischel info@dp-uni.ac.at  
 Anzeigenverkauf/Verkaufsleitung: Dipl.-Betriebsw. Lutz V. Hiller hillerv@oemus-media.de  
 Verkauf: Tomas Wiese t.wiese@oemus-media.de  
 Steffi Katharina Goldmann s.goldmann@oemus-media.de  
 Produktionsleitung: Gernot Meyer meyer@oemus-media.de  
 Anzeigendisposition: Marius Mezger m.mezger@oemus-media.de  
 Bob Schliebe b.schliebe@oemus-media.de  
 Layout/Satz: Franziska Dachsel  
 Lektorat: Hans Motschmann h.motschmann@oemus-media.de

**Erscheinungsweise**  
 Dental Tribune German Edition erscheint 2010 mit 10 Ausgaben, es gilt die Preisliste Nr. 1 vom 1. 1.2010. Es gelten die AGB.  
**Druckerei**  
 Vogel Druck und Medienservice GmbH, Leibnizstraße 5, 97204 Höchberg  
 Mitglied der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V.

**Verlags- und Urheberrecht**  
 Dental Tribune German Edition ist ein eigenständiges redaktionelles Publikationsorgan der Oemus Media AG. Die Zeitschrift und die enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt besonders für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages. Bei Einsendungen an die Redaktion wird das Einverständnis zur vollen oder auszugsweisen Veröffentlichung vorausgesetzt, sofern nichts anderes vermerkt ist. Mit Einsendung des Manuskriptes geht das Recht zur Veröffentlichung als auch die Rechte zur Übersetzung, zur Vergabe von Nachdruckrechten in deutscher oder fremder Sprache, zur elektronischen Speicherung in Datenbanken zur Herstellung von Sonderdrucken und Fotokopien an den Verlag über. Für unverlangt eingesandte Bücher und Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mit anderen als den redaktionseigenen Signa oder mit Verfassernamen gekennzeichnete Beiträge geben die Auffassung der Verfasser wieder, welche der Meinung der Redaktion nicht entsprechen braucht. Der Autor des Beitrages trägt die Verantwortung. Gezeichnete Sonderbeiträge und Anzeigen befinden sich außerhalb der Verantwortung der Redaktion. Für Verbands-, Unternehmens- und Marktinformationen kann keine Gewähr übernommen werden. Eine Haftung für Folgen aus unrichtigen oder fehlerhaften Darstellungen wird in jedem Falle ausgeschlossen. Gerichtsstand ist Leipzig.

**ANZEIGE**  
**Professionelles Qualitätsmanagement für die Zahnmedizin.**  
 Web-basierend ab 49,- €/mtl.  
**Dokumentation • Implementierung Schulungen/Seminare**  
**quantass dent**  
 www.quantassdent.de  
 quantass Managementlösungen eK  
 90518 Altdorf, Oberer Markt 9  
 Tel.: 09187/92299-0